

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Vor "taktischem Nationalismus" warnt **Hans-Ulrich Klose MdB** seinen CDU-Kollegen Wolfgang Schäuble: "Lassen Sie diesen Geist nicht aus der Flasche!"

Seite 1

Unzulängliche Vorbereitung und Geldverschwendung wirft der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft **Detlev Samland MdEP** vor.

Seite 2

Jahrelang wurde um ein neues Abtreibungsgesetz gerungen. Daß es jetzt nicht noch vor der Bundestagswahl "mit der heißen Nadel gestrickt" wird, begrüßt die NRW-Frauenministerin **Ilse Ridder-Melchers**.

Seite 4

49. Jahrgang / 172

7. September 1994

### Wir brauchen keine Ersatzreligionen

Die Anrufung des Nationalen ist überflüssig wie ein Kropf

Von Hans-Ulrich Klose MdB \*  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Daß etwas nicht in Ordnung ist in unserer Gesellschaft, registrieren nicht nur wir Sozialdemokraten. Die Kirchen und die Wissenschaft mahnen schon seit langem die Politik zur Umkehr. Aber auch in der Union beklagt zum Beispiel der Kollege Schäuble die gesellschaftlichen Identitätsverluste und das schwindende Wir-Gefühl; er sucht nach einer neuen "Bindekraft". Daß Sie, Herr Kollege Schäuble, bei Ihrem Nachdenken die Verantwortung konservativer Politik für die von Ihnen beklagte Entwicklung erkennen und bekennen, daß wäre wohl zuviel verlangt. Da will ich Sie nicht überfordern. Daß Sie aber ausgerechnet das Nationale als "Bindekraft" für eine konfliktive Gesellschaft wählen - "gemeinsame Werte", "nationale Zusammengehörigkeit", "Rückbesinnung auf unsere nationale Identität" sind Ihre Worte -, das finde ich problematisch, um es sehr milde zu formulieren.

Damit es kein Mißverständnis zwischen Ihnen und mir gibt: Ich gehöre nicht zu jenen, die Sie wegen dieser Auffassung für einen überzeugten oder gar extremen Nationalisten halten. Mit Verlaub: Ich halte Sie für zu klug, um auf nationalistische Leimruten zu kriechen. Was Sie betreiben, könnte man jedoch als "taktischen" Nationalismus bezeichnen. Sie wollen die Anrufung des Nationalen instrumentalisieren, um die verlorengegangenen Wertbindungen in der Gesellschaft zu ersetzen. Das Nationale als Surrogat für verlorengegangenen Gesellschaftskitt!

Ihnen, Herr Schäuble, und allen anderen, die in ähnliche Richtungen denken und argumentieren, rate ich mit großem Ernst, aufzuhören mit diesem Spiel. Es ist ein Spiel mit dem Feuer! Für Nachahmer mit ganz anderen Absichten setzen Sie ein verdammt schlechtes Zeichen. Dazu drei Argumente:

1. Es ist ein Irrtum zu glauben, das Nationale könne man anrufen, um instabile gesellschaftliche Verhältnisse durch kollektive Sinnstiftung zu beruhigen. Werden die Verhältnisse dann wirklich instabil, entgleitet der Nationalismus dem rationalen Diskurs und gewinnt explosive Zerstörungskraft durch die Dynamik eines verselbständigten politischen Prozesses. Wer an einen angeblich gesunden Nationalis-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veralteter Umgang  
mit wertvollen Ressourcen  
Recycling-Papier



mus glaubt und ihn predigt, der nimmt letztlich in Kauf, daß unkontrollierbarer, explosiver Chauvinismus daraus erwächst. Es ist - finde ich - irritierend, daß man das in Deutschland im Jahre 1994 betonen muß.

2. Die Anrufung des Nationalen ist so überflüssig wie ein Kropf. Mit den Worten von Hans D. Barbier von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: "Die Bundesrepublik hat ihren Platz in der Welt 40 Jahre lang gefunden, ohne das Nationale auch nur zu vermissen. Wer es heute - mit allen Risiken, die diese Chiffre in Deutschland nun einmal hat - in den politischen Prozeß einführt, der ist begründungspflichtig. Wozu ist das gut, wird das gebraucht, wem schadet das?"

Es ist nicht gut, sage ich; es funktioniert nicht; und es wird nicht gebraucht. Die gesellschaftlichen Konflikte können wir rational lösen, durch bessere Politik, ohne auf ontologische Sinnstiftung zu verweisen, die letztlich einem totalitären Anspruch verpflichtet ist. Zudem weiß doch hier (fast) jeder, daß die Anrufung des Nationalen uns im Verhältnis zu unseren Partnern schadet. Die Betonung des Nationalen wird unweigerlich zu einem Verlust an Berechenbarkeit führen. Das über lange Zeit aufgebaute Vertrauen in die Verlässlichkeit deutscher Politik wäre tangiert. Sie sehen doch, Herr Kollege Schäuble, wie irritiert die europäischen Regierungen auf ihre jüngsten Vorschläge reagieren!

3. Auch "taktischer" Nationalismus ist - ich wiederhole es - ein schlechtes Zeichen. Es ist jedenfalls schwer, nationalistisch gefärbten Haß, Gewalt und Ausländerfeindlichkeit wirksam zu bekämpfen, mit jener Entschlossenheit, die ich bei der Bundesregierung ohnehin vermisste, wenn ich dem Nationalen in einem anderen Zusammenhang eine Weihstätte einrichte. Wie viele werden in der Lage sein, das eine von dem anderen zu unterscheiden?

Noch einmal: Ich rate, ja ich bitte Sie, diesen Geist nicht aus der Flasche zu lassen. Die Nation geht uns nicht verloren und der Patriotismus auch nicht. Genügt es nicht, daß wir unser Land lieben, daß wir an die Menschen glauben, um Zuversicht zu stiften? Ich danke ja. Sicher bin ich jedenfalls, daß wir Ersatzreligionen, insbesondere solche mit einem stark infizierendem Charakter, nicht brauchen.

(-7. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

\* Auszug aus der Rede vor dem Deutschen Bundestag am 7. September 1994

**Vorbereitung unzulänglich - Entscheidungen nicht zu erwarten**  
**Zur Tagung der Innen- und Justizminister der Europäischen Union in Berlin**

**Von Detlev Samland MdEP**

Mit dem Vertrag von Maastricht sind Bestimmungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres aufgenommen worden. Der Artikel K1 ermöglicht es, in den folgenden Bereichen auf Initiative eines Mitgliedstaates (beziehungsweise der Kommission) gemeinsame Standpunkte zu beschließen und gemeinsame Maßnahmen anzunehmen. Es sind dies:

- die Asylpolitik,
- die gemeinsame Visapolitik,
- die gemeinsame Einwanderungspolitik und die Politik gegenüber den Staatsangehörigen dritter Länder, die sich legal in einem der Mitgliedstaaten aufhalten,

- die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit,
- die Bekämpfung internationaler Betrügereien,
- die justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen,
- die polizeiliche Zusammenarbeit.

Die Bundesregierung hat im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft aktives Handeln auf diesen Felder angekündigt. Das Ergebnis: Ein schwarzes Loch.

1. Auf Betreiben der Bundesregierung ist das Dokument zu einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik degradiert worden. Bonn lehnt Vorschläge zur Familienzusammenführung (sollte auch für nicht-eheliche Lebensgemeinschaften gelten) ab, lehnt Gleichsetzung von in einem Mitgliedstaat legal lebenden Drittausländern mit EU-Bürgern ab. Ebenso den Vorschlag einer großzügigeren Gewährung doppelter Staatsangehörigkeit. Alle Aspekte einer wirklichen Einwanderungspolitik, wie von der Kommission vorgeschlagen, werden von Bonn zurückgewiesen. Die Vorbereitungen für die Sitzung in Berlin machen deutlich: Die Bundesregierung will faktisch eine Harmonisierung nicht. Sie ist nur an einer Lastenteilung bei de-facto Flüchtlingen interessiert.
2. Auslieferung von eigenen Staatsbürgern an andere Mitgliedstaaten. Angekündigt war, daß bis zum Ende des deutschen Vorsitzes substantielle Vorschläge zur Beseitigung materieller Auslieferungshindernisse zu beschließen sind. Stand: Keine Vorschläge.
3. Europäisches Informationssystem: Die Frage der Kompatibilität zum SIS (Schengener Informationssystem) ist noch ungeklärt, da trotz Erweiterung um Österreich und Dänemark, Irland und Großbritannien bei SIS nicht vertreten sind. Während der deutschen Präsidentschaft: Keine weitere positive Entwicklung. In Sachen SIS sollten zum 15. Juli die Versuche abgeschlossen sein. Auch hier haben die Deutschen die Präsidentschaft. Dann sollte mit dem Laden der Daten begonnen werden. Stand bisher: Kein Abschluß der Tests.
4. Bekämpfung OK: U.a. Bekämpfung des illegalen Handels. Der Haushaltsentwurf für 1995, unter Vorsitz der deutschen Ratspräsidentschaft erarbeitet, sieht keine Vorschläge zur Aufstockung von Personal zur Bekämpfung des illegalen Handels mit radioaktiven Erzeugnissen vor. Weder bei den Kontrolleuren in der Gemeinschaft, noch bei Unterstützungsmaßnahmen in der GUS.
5. Bekämpfung Rassismus und Fremdenfeindlichkeit: Der Haushaltsentwurf für 1995 sieht die Streichung der entsprechenden Haushaltszeile durch den Rat vor. Und dies, obwohl gerade auf Betreiben des Rates dazu für 1995 ein Aktionsprogramm vorgelegt werden soll.
6. Durchführung eines Schulungsprogramms für operationale Analysen zur Verbrechensbekämpfung: Stand kein entscheidungsreifer Vorschlag.
7. Weiterbildung der Polizeibeamten: Obwohl auf Initiative des Parlaments eine Haushaltszeile zur Verfügung steht, weigert sich der Rat die entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen. es bleibt dabei - keine gemeinsame grenzüberschreitende Schulung der Polizei.

Zusammenfassung: Bei der Vorbereitung der Ratssitzung sind die Reisekosten herausgeworfen.

(-/7. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Nicht mit der heißen Nadel stricken**  
**Zum Scheitern der Verhandlungen im Vermittlungsausschuß um ein neues  
Abtreibungsrecht**

**Von Ilse Ridder-Melchers**  
**Frauenministerin in Nordrhein-Westfalen**

Das Gesetz der Bonner Koalition ist zu Recht gescheitert. Es war eine vernünftige Entscheidung des Vermittlungsausschusses, die Verhandlungen zu beenden, denn es lag kein Angebot auf dem Tisch, das die SPD im Interesse der betroffenen Frauen hätte annehmen können, und es war auch keines in Sicht. Es gab nach wie vor erhebliche Differenzen bei der Festlegung der Beratungsziele, bei der Strafandrohung für das Umfeld der Frau, bei der Protokollierung der Beratung und bei der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen für bedürftige Frauen. Die vorgeschlagenen Kompromisse waren entweder frauenpolitisch unakzeptabel oder gesetzestechnisch unausgereift und praktisch nicht handhabbar.

Die SPD konnte gestern und kann künftig keiner Regelung zustimmen, die die Frauen schlechter stellt als die zur Zeit geltende Übergangsregelung.

Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuß haben gezeigt, daß die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs frauenpolitisch zu wichtig und gesetzestechnisch zu kompliziert ist, um mit der heißen Nadel gestrickt zu werden. Worum seit Jahren gerungen wird, das kann nicht in ein paar Tagen vom Tisch gewischt werden.

Jetzt muß nach den Wahlen sorgfältig nach einer neuen Lösung gesucht werden. Ich hoffe, daß die in einigen Punkten erzielte Annäherung, wie die Abwicklung der Finanzierung über die Krankenkassen, weiterhin Bestand hat.

Folgende Eckpunkte hatte ich weiterhin für zentral:

- Die Beratung muß neben dem Schutz des ungeborenen Lebens auch die Eigenverantwortung der Frau benennen.
- Das vertrauliche Beratungsgespräch darf nicht durch eine Fülle von Protokoll-Pflichten und durch Finanzierungsfragen belastet werden.
- Bei bedürftigen Frauen muß die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen über die Krankenkassen abgewickelt und die Kosten durch ein Bundesleistungsgesetz erstattet werden. Das Verfahren muß praktikabel sein, für die Frauen und für die Krankenkassen.
- Das persönliche Umfeld der Schwangeren darf nicht unnötig mit Strafe bedroht werden.

Die SPD hat gute Gründe, auf diesen Punkten zu beharren. Sie achtet damit sorgfältig das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Dabei geben uns die Ergebnisse der Anhörung von Beraterinnen und anderen Fachleuten Recht.

(-/7. September 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*